

Fraktion Die Linke im  
Sächsischen Landtag  
**#sogehtsolidarisch** Ende  
Februar 2024

**Die Linke**

Fraktion im  
Sächsischen Landtag



*Liebe Leserin, lieber Leser,*

Wirtschaftsminister Martin Dulig hat frohlockt – weil das Kabinett den Entwurf für das neue Vergabegesetz zur Anhörung freigegeben hat. Dabei ist längst klar: Die Koalition wird das Gesetz nicht mehr verabschieden, auch Dulig hat das eingeräumt. Wozu also Stellungnahmen einsammeln, wenn der Entwurf im Herbst sowieso auf dem „Drucksachenfriedhof“ landet? Was nicht beschlossen ist, gilt schließlich zum Ende der Wahlperiode als erledigt.

Die Beschäftigten warten seit vielen Jahren darauf, dass der Staat Druck für höhere Löhne macht. Das geht, indem der Staat seine Aufträge an gute Löhne und Arbeitsbedingungen knüpft. Im Landtag hatten wir 2006, 2012, 2018 und zuletzt 2022 ein gerechtes Vergabegesetz vorgeschlagen, das beispielsweise einen Vergabe-Mindestlohn einführt. Die Koalition lehnte ab – auch die AfD hat dagegen gestimmt. So arbeiten weiter hunderttausende Menschen in Vollzeit, ohne davon leben zu können oder eine ordentliche Rente zu bekommen. Leistung muss sich lohnen?

*Kevin Reißig, Pressesprecher*

---

## Inhaltsverzeichnis

---

1. Termine
2. Staatsregierung unternimmt zu wenig für eine gute ärztliche Versorgung
3. Mehr Einheitlichkeit im Schulsystem, stärker in Schulen investieren!
4. Baustopp für die Busgarage! Zeitzugnisse des NS-Tötungswahns erhalten
5. 2023 erneut mehr als 500 Reichsbürger-Straftaten in Sachsen
6. LEAG-Tochter haftet nur für eine Million Euro – unfassbar angesichts der Rekultivierungskosten
7. Hoffnung Chancenaufenthalt: Lahme Bearbeitung, Innenminister nicht im Bilde
8. Hebert Alvarado soll bleiben dürfen!
9. Staatsfeinde raus aus dem Staatsdienst!
10. Immer mehr Polizei-Drohnen über Sachsen
11. Cannabis-Entkriminalisierung beginnt – wo bleiben Prävention und Gesundheitsschutz?
12. Auch das gibt's



Erinnerung für Kurzentschlossene: Wir laden morgen zur **Landes-Betriebsrätekonzferenz** zum Thema „Demokratie und Transformation brauchen eine starke betriebliche Mitbestimmung“. Sie findet am Freitag, dem 1. März 2024, von 11 bis 16:30 Uhr im Rathaus der Stadt Leipzig statt (Martin-Luther-Ring 4). Mit Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern sowie vielen Betriebsräten wollen wir über die

Herausforderungen der betrieblichen Mitbestimmung diskutieren – und darüber, wie man sie lösen kann. [Wir begrüßen Gäste aus Gewerkschaften, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.](#)

---

## Staatsregierung unternimmt zu wenig für eine gute ärztliche Versorgung

---



[Neue Zahlen](#) zur ärztlichen Versorgung in Sachsen zeigen, dass sich die Lage 2023 kaum gebessert hat. Die größten Probleme gibt es in der hausärztlichen Versorgung, aber auch bei Kinderärztinnen und -ärzten sowie im hautärztlichen Bereich. Die Planungsbereiche Frankenberg-Hainichen, Reichenbach und Werdau sind mit hausärztlichen Praxen deutlich unterversorgt; in Annaberg-Buchholz, Weißwasser und Stollberg liegt der Versorgungsgrad nur knapp oberhalb der für die Unterversorgung maßgeblichen Grenze von 75 Prozent,

in Torgau knapp darunter. In der Region Chemnitz ist derzeit kein einziges Planungsgebiet ordentlich versorgt. [Laut der Kassenärztlichen Vereinigung](#) sind im Freistaat 388 Hausarztsitze frei. [Die Anstrengungen der Regierung reichen offensichtlich nicht aus.](#)

---

## Mehr Einheitlichkeit im Schulsystem, stärker in Schulen investieren!

---



*Дмитрий-5-Аверин, CC-BY-SA-3.0, Wikimedia-Commons*

Wie die Leipziger Volkszeitung berichtet, meinen zwei Drittel der Deutschen, dass Schulabgängerinnen und Schulabgänger heute schlechter ausgebildet sind als vor 30 Jahren. Die Freie Presse meldet, dass das sächsische Fördergeld für den Schulhausbau nur etwa ein Sechstel des beantragten Bedarfs abdeckt. Nach dem zweiten Pisa-Schock ist das ein weiterer Weckruf für mehr Investitionen, Einheitlichkeit im Schulwesen und modernen Unterrichtskonzepten.

---

## Baustopp für die Busgarage! Zeitzeugnisse des NS-Tötungswahns erhalten

---

In Pirna-Sonnenstein gibt es Protest gegen den Umbau einer ehemaligen Busgarage, die untrennbar mit der Geschichte der früheren NS-Tötungsanstalt verbunden ist. In der Immobilie sollen Eigentumswohnungen entstehen. Als die Immobilie von privat an einen neuen privaten Eigentümer verkauft wurde, hat die Stadtverwaltung davon gewusst und auch den Freistaat informiert – aber niemand griff ein, um den Gedenkort zu erhalten. Wir fordern den sofortigen Baustopp!

# Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein

Im Keller dieses Gebäudes ermordeten  
die Nationalsozialisten in den Jahren 1940/41  
13 720 psychisch kranke und geistig behinderte Menschen  
sowie mindestens 1 031 Häftlinge aus Konzentrationslagern.

*Dr. Jörg Blobelt, CC BY-SA 4.0 Deed, Wikimedia  
Commons*

---

## 2023 erneut mehr als 500 Reichsbürger-Straftaten in Sachsen

---



In Sachsen ist die Zahl sogenannter Reichsbürger 2023 erneut deutlich gestiegen. Demnach rechnete das Landesamt für Verfassungsschutz der Szene Ende 2023 rund 3.000 Personen zu – ein neuer Höchststand. Über die letzten drei Jahre hat sich der Wert beinahe verdreifacht. Sächsische Staatsanwaltschaften stellten 2023 bei 514 aktuellen Ermittlungsverfahren einen Reichsbürger-Bezug fest. Das

zeigt umso mehr die hohe kriminelle Energie, die in der Szene steckt.

---

LEAG-Tochter haftet nur für eine Million Euro – unfassbar  
angesichts der Rekultivierungskosten

---



Picasa / Julian Nyča, Wikimedia Commons, CC BY-SA 4.0 Deed

Für die Kohleverstromung werden noch immer riesige Landstriche in Mondlandschaften verwandelt – sie müssen in naher Zukunft vollständig wiederhergestellt werden. Um die Milliardenkosten zu bezahlen, müssen die Kohlekonzerne Geld zurücklegen, damit die Allgemeinheit nicht auf dem Schaden sitzenbleibt. Das LEAG-Tochterunternehmen, das in Sachsen dafür gegründet wurde, haftet bisher nur für 1,025 Millionen Euro. [Die Regierung hält das für ausreichend – wir nicht!](#)

---

Hoffnung Chancenaufenthalt: Lahme Bearbeitung, Innenminister nicht im Bilde

---



Bis Ende 2023 wurden in Sachsen mindestens 4.755 Anträge auf „Chancenaufenthalt“ – er bietet langjährig Geduldeten eine Bleibeperspektive, wenn sie schon seit längerem hier leben, ihren Unterhalt selbst sichern können, Deutsch lernen und die Gesetze achten. Allerdings bearbeiten viele kommunale Ausländerbehörden die Anträge zu langsam, und der Innenminister ist nicht

im Bilde. [Seine lückenhafte Datenbasis ist nur eine Herausforderung unter vielen.](#)

---

Hebert Alvarado soll bleiben dürfen!

---



Innenminister Armin Schuster hat das Ersuchen der Sächsischen Härtefallkommission abgelehnt, [dem Weißwasseraner Fleischer Heberth Alvarado](#) ein Bleiberecht zu gewähren – trotz aller Integrationsbemühungen. In Venezuela wären Alvarado und seine Familie in Gefahr. [Sein Arbeitgeber engagiert sich sehr dafür](#), dass er bleiben darf. [Schluss damit, dass gut integrierte Menschen rausfliegen!](#)

---

## Staatsfeinde raus aus dem Staatsdienst!

---



Im zweiten Halbjahr 2023 wurden bei der Polizei sechs weitere „Verdachtsfälle mit Bezug zum Rechtsextremismus“ bekannt. Damit summiert sich die Zahl bekanntgewordener Verdachtsfälle nun auf 82. Dabei geht es unter anderem um die Verharmlosung des Nationalsozialismus, ‚verbotene Grußformen‘ und rassistische

Äußerungen. Zudem steht ein Polizist im Verdacht, selbst der Reichsbürger-Szene anzugehören. [Staatsfeinde haben im Staatsdienst nichts zu suchen!](#)

---

## Immer mehr Polizei-Drohnen über Sachsen

---

2023 ist die Zahl der Straftaten zulasten Geflüchteter in Sachsen massiv auf 199 Straftaten gestiegen (2022: 88). In 24 Fällen wurden Asylunterkünfte attackiert (2022: 10). Die Staatsregierung hat dafür zu sorgen, dass schutzsuchende Menschen körperlich und seelisch unversehrt bleiben. [Von den 23.132 Asylsuchenden](#), die Sachsen im letzten Jahr aufzunehmen hatte, verblieben reichlich 15.000 in der hiesigen Zuständigkeit. Ein Land, in



dem mehr als vier Millionen Menschen leben, ist in der Lage, Schutzsuchende anständig zu behandeln.

---

## Cannabis-Entkriminalisierung beginnt – wo bleiben Prävention und Gesundheitsschutz?

---



Der Bundestag hat die Entkriminalisierung des Besitzes und Konsums von Cannabis für Erwachsene auf den Weg gebracht. Wir hatten bereits im Sommer 2023 [von der Staatsregierung verlangt](#), das mit einer Offensive für Prävention und Gesundheitsschutz zu begleiten – doch die Koalition kümmert sich offenbar [so gut wie gar nicht darum](#). Das muss sich ändern. [Wir fordern Drogenmündigkeit!](#)

---

## Auch das gibt's

---

... zum ersten Mal: Die Staatsregierung hat die Beantwortung einer Großen Anfrage komplett verweigert. Wir wollen [herausfinden](#), wie der Staat Meldedaten nutzt und schützt. Die Anfrage ist nur auf den ersten Blick sehr umfangreich: Sie richtet denselben überschaubaren Fragekomplex an alle relevanten öffentlichen Stellen. Innenminister Armin Schuster [teilte allerdings nach zwei Monaten des Schweigens mit](#), dass die Staatsregierung nicht antworten wird – das sei zu aufwändig. Komisch: [Die Regierung in Sachsen-Anhalt hatte diese Probleme nicht](#). Wir behalten uns weitere Schritte vor, um das Fragerecht des



*Sandro Halank, CC BY-SA 4.0 Deed, Wikimedia Commons*

Parlaments zu verteidigen. Schuster erhebt sogar den unverschämten Vorwurf, wir wollten die Regierungsarbeit lahmlegen. Mit Verlaub: Das schafft die Koalition auch allein.

## Impressum

Die Linke Fraktion im Sächsischen Landtag  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden  
Telefon: 0351 4935800  
Fax: 0351 4935460  
[linksfraktion@slt.sachsen.de](mailto:linksfraktion@slt.sachsen.de)

Folgen Sie uns auf Facebook  
Folgen Sie uns auf X  
Folgen Sie uns auf Instagram  
Folgen Sie uns auf Youtube  
Folgen Sie uns auf Flickr

Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, können Sie sich hier austragen:  
[Newsletter abbestellen](#)